



# Protokoll des Zürcher Kantonsrates

---

## 156. Sitzung, Montag, 7. Mai 2018, 9.15 Uhr

Vorsitz: Karin Egli (SVP, Elgg)

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti)

### Verhandlungsgegenstände

#### 1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen ..... Seite 2
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme ..... Seite 3
- Zuweisung von neuen Vorlagen ..... Seite 3
- Sola-Stafette ..... Seite 4

#### 1a. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Andreas Hauri, Zürich ..... Seite 4

#### 2. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2018/2019

(Präsidium, 2 Vizepräsidien, 3 Mitglieder des Sekretariats und 10 übrige Mitglieder)

KR-Nr. 124/2018 ..... Seite 6

#### 3. Änderung der Kantonsverfassung (Steuerfuss)

Parlamentarische Initiative Stefan Feldmann (SP, Uster), Max Homberger (Grüne Wetzikon) und Beat Monhart (EVP, Gossau) vom 28. August 2017

KR-Nr. 223/2017 ..... Seite 19

### Verschiedenes

- Gratulation an den neuen Regierungspräsidenten.. Seite 15
- Gratulation zur Geburt eines Kindes..... Seite 15
- Rücktrittserklärungen
  - Rücktritt aus dem Kantonsrat von Fabian Molina, Illnau-Effretikon ..... Seite 28

- Einladung zum Apéro ..... Seite 29
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse ..... Seite 30

## **Geschäftsordnung**

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Wird das Wort zur Geschäftsliste verlangt? Das ist nicht der Fall.

Ich teile Ihnen mit, dass wir noch ein neues Traktandum einschieben werden. Es findet noch die Vereidigung eines neuen Ratsmitglieds statt.

Wir fahren fort wie vorgesehen.

## **1. Mitteilungen**

### ***Antworten auf Anfragen***

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf 16 Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 23/2018, Steuerliche Selbstanzeigen gegen Sozialhilfemissbrauch nutzen  
*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)*
- KR-Nr. 29/2018, Umsetzung von Geschwindigkeitsreduktionen auf kantonalen Strassen  
*Marcel Suter (SVP, Thalwil)*
- KR-Nr. 30/2018, Kooperationen zwischen dem Universitätsspital und den Stadtspitälern Triemli und Waid  
*Bettina Balmer (FDP, Zürich)*
- KR-Nr. 31/2018, Photovoltaik-Anlage und angewandtes Lernen dank Schülerkooperation für die Kantonsschule Limmattal  
*Sonja Gehrig (GLP, Urdorf)*
- KR-Nr. 38/2018, Versorgung chronisch kranker Menschen  
*Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur)*
- KR-Nr. 39/2018, Entwicklung der Kosten im sonderpädagogischen Bereich (berichtigte Fassung)  
*Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau)*
- KR-Nr. 43/2018, Strategie für mehr Ressourceneffizienz im Bau  
*Cornelia Keller (BDP, Gossau)*

- KR-Nr. 45/2018, Nahrungsergänzungsmittel: Gleich lange Spiesse in allen Kantonen  
*Tobias Mani (EVP, Wädenswil)*
- KR-Nr. 46/2018, Vorzeitige Entlassung aus Amt mit Amtszwang  
*Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)*
- KR-Nr. 47/2018, Grundversorgung in der Gesundheit gefährdet?  
*Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich)*
- KR-Nr. 52/2018, Neues Grossterminal am Flughafen Zürich  
*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach)*
- KR-Nr. 53/2018, Früher Kindergarteneintritt  
*Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht)*
- KR-Nr. 79/2018, Risiko- und Lastenausgleich bei Kehrrichtverbrennungsanlagen (KVA)  
*Sonja Gehrig (GLP, Urdorf)*
- KR-Nr. 80/2018, Fragen zur Besetzung einer neuen Schlüsselfunktion an der UZH  
*René Isler (SVP, Winterthur)*
- KR-Nr. 81/2018, Aufhebung der Steuerbefreiung von Spitälern mit Grundversorgungsauftrag  
*Jörg Mäder (GLP, Opfikon)*
- KR-Nr. 84/2018, Nachtflugverbot ohne Ausnahme  
*Michèle Dünki (SP, Glattfelden)*

### ***Ratsprotokoll zur Einsichtnahme***

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 155. Sitzung vom 23. April 2018, 8.15 Uhr

### ***Zuweisung von neuen Vorlagen***

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Genehmigung der Abrechnung des Kredits für die Durchführung von Wiederbelebungsmaßnahmen (Revitalisierung) an öffentlichen Fliessgewässern**

Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5442

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

– **Genehmigung der Abrechnung des Kredits 2015 und 2016 an die Stiftung Kulturarena Zürich**

Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5445

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

– **Kantonales Jagdgesetz (JG)**

Vorlage 5447

***Sola-Stafette***

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Dann habe ich noch eine Mitteilung: Am vergangenen Samstag fand die traditionelle Sola-Stafette der Zürcher Hochschulen statt. Mit 1000 anderen laufbegeisterten Teams lief auch das Team des Kantonsrates bei perfekten Bedingungen mit. Die «Rathüsler» absolvierten die 114 Kilometer lange Strecke in einer Laufzeit von 11 Stunden 22 Minuten. Somit war das Team 30 Minuten langsamer als letztes Jahr, aber immer noch 41 Minuten schneller als die Konkurrenz aus dem Zürcher Gemeinderat (*Heiterkeit*). Aus dem Rathaus dabei waren Astrid Furrer, Pierre Dalcher, Priska Koller, Regula Käser, Benedikt Hoffmann, Claudia Wyssen, Roland Munz, Anita Borer, Daniel Heierli, Martin Hübscher, Thomas Lamprecht und Kathy Steiner. Das Team erhielt zudem Unterstützung der Wädenswiler Stadtverwaltung. Herzliche Gratulation. (*Applaus.*)

**1a. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates**

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Andreas Hauri, Zürich

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Wir dürfen heute ein neues Ratsmitglied begrüßen, und zwar anstelle von Andreas Hauri. Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügung zukommen lassen.

*Ratssekretär Roman Schmid verliest die Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 18. März 2018:* «Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2015 bis 2019 im Wahlkreis II, Stadt Zürich, Kreise 3 und 9.

Die Direktion der Justiz und des Innern, gestützt auf Paragraph 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003, verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis II, Stadt Zürich, Kreise 3 und 9, wird für den zurücktretenden Andreas Hauri (Liste 03 Grünliberale, glp) und anstelle der ersten Ersatzperson Esther Weber sowie der zweiten Ersatzperson Adrian Gautschi, welche beide eine Wahl abgelehnt haben, als gewählt erklärt:

*Simon Schlauri, geboren 1973, Rechtsanwalt,  
wohnhaft in Zürich.»*

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Ich bitte, den Gewählten eintreten zu lassen.

Simon Schlauri, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglied des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 5 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten.

Ich bitte, die Tür zu schliessen. Die Anwesenden im Ratssaal und auf der Tribüne erheben sich. Ich bitte den Ratssekretär, das Amtsgelübde zu verlesen.

*Ratssekretär Roman Schmid verliest das Amtsgelübde:* «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Simon Schlauri, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen: «Ich gelobe es.»

*Simon Schlauri (GLP, Zürich):* Ich gelobe es.

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Ich danke Ihnen, heisse Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen alles Gute. Sie können Ihren Platz im Ratssaal einnehmen. Sie können wieder Platz nehmen, die Tür kann geöffnet werden.

Das Geschäft ist erledigt.

## **2. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2018/2019**

(Präsidium, 2 Vizepräsidien, 3 Mitglieder des Sekretariats und 10 übrige Mitglieder)

KR-Nr. 124/2018

### ***Rede der abtretenden Ratspräsidentin***

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Ich hätte mir vor einem Jahr nie träumen lassen, dass dieses so schnell vergeht. Der Marathon der vergangenen zwölf Monate war hochspannend, lehrreich und in mehrfacher Hinsicht extrem intensiv. Ich hatte mir einiges vorgenommen, etliches habe ich erreicht und wenig ist nicht gelungen. Zu Beginn startete ich mit 133 Traktanden und hatte den Ehrgeiz, die Liste zu verkürzen wie sie seinerzeit ein Vorgänger, der sie herunterbrachte auf 80 Traktanden. Heute sind tatsächlich 164 Traktanden aufgelistet und bei mir ist diesbezüglich Ernüchterung eingeleitet. Doch wird die Arbeit der Präsidentin schlussendlich nicht an der Anzahl der abgearbeiteten Vorstösse gemessen.

Aussergewöhnlich war für mich, dass ich beim gleichen Gesetz, dem Kirchengesetz, zweimal den Stichtagsentscheid fällen durfte und so das Zünglein an der Waage war. Das neue Budgetverfahren, kombiniert mit den KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*), welches 30 Stunden dauerte, forderte einiges an Disziplin und Konzentration. Auch das Wassergesetz mit insgesamt vier Sitzungen kann man als «Brocken» bezeichnen und ebenso das Kinder- und Jugendheimgesetz und das Gesundheitsgesetz. In der Geschäftsleitung (GL) füllten wir – neben den regulären GL-Sitzungen – einige Samstage mit der Revision des Kantonsratsgesetzes und des Geschäftsreglements. So gab es zeitweise für mich nicht nur die regelmässige Sonntags-, sondern auch noch Samstagarbeit. Im Militärjargon würde man dies wohl «Durchdienen» nennen.

Die GL-Sitzungen haben mich besonders gefordert, welche ich gerne speditiv und konstruktiv abhalten wollte. Die kurzen Traktandenlisten entpuppten sich manchmal als die längsten Sitzungen. Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsleitung für die abwechslungsreichen Diskussionen und die gute Zusammenarbeit.

Was man als Präsidentin in 54 Ratssitzungen und 48 Geschäftsleitungssitzungen alles aushalten und überschauen muss, lässt sich hier nicht im Einzelnen aufzählen. Aber das Präsidium besteht bekanntlich

nicht nur aus dem Führen von Sitzungen, sondern auch aus dem Repräsentieren. Bei meinen rund 140 Repräsentationen habe ich einige Highlights erlebt. Gleich zu Beginn die 100-Jahre-Proporzfeier, als der ganze Kantonsrat zum ersten Mal eine Sitzung ausserhalb des Zürcher Rathauses abhielt und am 7. Juli nach Winterthur auschwärmte, um dort in einer grossen ehemaligen Fabrikhalle zu tagen. Es flossen viele Schweisstropfen an diesem Tag und nicht nur wegen der heissen Themen. Es gab viele schöne ausserkantonale Begegnungen wie an der Bodenseekonferenz, mit dem Landtag Steiermark, dem Kantonsrat Schwyz und der Besuch des Grossen Rates Bern bei uns. Auch Einladungen zu Erbprinz Alois von Liechtenstein, zur chinesischen Konsulin oder zur türkischen Botschafterin ergaben spannende und interessante Gespräche und auch verschiedene Eindrücke. Schöne Momente erlebte ich anlässlich von Besuchen bei Gehörlosen, Senioren, Sportveranstaltungen, wie das Leichtathletik-Meeting, militärischen Rapporten mit Fahnenübergaben, der Ustertag, das Haus Appenzell, Vereidigungen bei den Polizeien, Galas, Knabenschiessen, das kürzlich besuchte Sechseläuten mit der Zunft zur Zimmerleuten, der Truppenbesuch in Bure, und gerade gestern durfte ich als letzte Amtshandlung noch der Landsgemeinde Glarus beiwohnen – alles und noch viel mehr tolle Erlebnisse, die mir nur dank meines Amtes ermöglicht wurden.

Ich habe diese Begegnungen als grosse Bereicherung empfunden und auch meinen eigenen persönlichen Gewinn daraus gezogen. Es hat meine Meinung bestärkt, dass sich immer noch sehr viele Menschen mit der Zukunft unseres Gemeindelebens, unseres Kantons und der Schweiz auseinandersetzen. Ich habe erfahren, dass sich die Menschen für gesellschaftliche und politische Problemstellungen interessieren und auch durchaus bereit sind, sich für Lösungen persönlich zu engagieren. Viele Personen aus der Bevölkerung schauen auf uns, auf den Kantonsrat, und sie sind manchmal sogar zufrieden mit unserer Arbeit. Das macht mich zuversichtlich und ich bin überzeugt, dass sich das politische Engagement lohnt. Es wird immer Probleme geben und wir werden immer Lösungen suchen. Das ist die Politik.

Meine Abschlussreise mit der Geschäftsleitung Mitte April nach Bordeaux war ein extrem schönes Erlebnis. Ich erlebte die Geschäftsleitungsmitglieder als harmonische Truppe wie selten, und wir konnten staunend feststellen, wie leicht es in der Metropole Bordeaux ist, sich zu vergrössern, ein neues Stadion oder gar ein grosses Quartier aus dem Boden zu zaubern oder eine Strassenbahn mit Induktion zu betreiben. Aber auch die feine Weindegustation bei «Pétrus» und «Cheval blanc» bleiben mir unvergesslich.

Ich danke meiner Fraktion, dass sie mich nominiert hat, und ich danke Ihnen, liebe Ratskolleginnen und liebe Ratskollegen, dass Sie mir im letzten Mai Ihr Vertrauen geschenkt und mir dieses unbeschreibliche Jahr ermöglicht haben. Ein überaus herzliches Dankeschön verdienen meine Vizepräsidentin Yvonne Bürgin und mein Vizepräsident Dieter Kläy. Sie haben mich tatkräftig und hervorragend unterstützt, und wir konnten manchmal auch herzlich lachen. Ein grosser und herzlicher Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste, im Besonderen an den Leiter der Parlamentsdienste, Moritz von Wyss, und seinen Stellvertreter, Claudio Stutz, sowie die im Hintergrund tätigen Christian Gyger und Doris Ledergerber. Sie alle waren mir eine grosse Stütze und standen mir immer hilfsbereit zur Seite. Ganz herzlichen Dank auch dem Standesweibel, Peter Sturzenegger, und den vielen Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit sorgen, allen voran Hans-Peter Blaser und Monika Honegger, die mich jeden Montagmorgen mit strahlendem Lachen im Rathaus empfangen. Der Regierung danke ich ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Einen herzlichen Dank auch allen Medienschaffenden, die jeden Montag unserer Wählerschaft kundtun, was hier in diesem ehrwürdigen Saal von ihren Kantonsrätinnen und Kantonsräten geleistet wird.

Ich war gerne und mit Freude Ratspräsidentin. Ehrlich gesagt, wünschte ich mir ab und zu kürzere Voten, denn ich habe festgestellt, dass viele Leute über zu viele Dinge sprechen, von denen sie zu wenig wissen. Ich habe mit Ihnen harte Sitzungen, aber auch schöne, berührende Momente erlebt. Ich danke Ihnen dafür. Das Doppelmandat (*die abtretende Ratspräsidentin amtiert auch als Statthalterin des Bezirks Winterthur*) habe ich gemeistert, wer hätte das wohl gedacht. Danke. (Applaus.)

### **Wahl der Ratspräsidentin**

*Ratspräsidentin Karin Egli:* Gemäss Paragraph 13 des Kantonsratsgesetzes ist geheime Wahl vorgeschrieben.

*Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Yvonne Bürgin, CVP, Rüti.*



*Ratspräsidentin Karin Egli:* Vorgeschlagen als Kantonsratspräsidentin wird Yvonne Bürgin, CVP, Rüti. Wird der Vorschlag vermehrt? Nein, das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Tür ist zu schliessen. Drücken Sie bitte die Präsenztaste «P/W».

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen geben kann, dass alle Stimmzettel wieder eingesammelt sind.

Es sind 168 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt bitte ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sie sind damit einverstanden.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder .....	168
Eingegangene Wahlzettel.....	167
Davon leer.....	12
Davon ungültig.....	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl.....	155
Absolutes Mehr.....	78
Gewählt ist Yvonne Bürgin mit .....	140 Stimmen
Vereinzelte .....	<u>15 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von .....	155 Stimmen

Ich gratuliere Yvonne Bürgin zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr viel Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt. (*Applaus. Die abtretende Ratspräsidentin überreicht Yvonne Bürgin einen Blumenstrauss.*)

Ich bitte dich, auf diesem Stuhl Platz zu nehmen. Die Tür kann geöffnet werden.

***Rede der neu gewählten Ratspräsidentin***

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Sehr geehrter Regierungspräsident, lieber Thomas Heiniger, verehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, und ganz herzlich begrüssen möchte ich natürlich meine Familie und persönlichen Gäste sowie alle weiteren Gäste auf der Tribüne.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, für das Vertrauen, das Sie mir mit meiner Wahl zur Kantonsratspräsidentin ausgesprochen haben. Danken möchte ich aber vor allem meiner Fraktion, die mich vor zwei Jahren als Vizepräsidentin nominiert hat. Danke, dass ihr an mich geglaubt und mir Mut zugesprochen habt, sonst würde ich heute nicht hier sitzen. Und mein grösster Dank gebührt selbstverständlich meiner Familie, meinem Mann Guido Bürgin, meinen Kindern Pascal, Matthias und Nora und meiner Mutter Ursula Hartmann. Ohne ihre Zustimmung und Unterstützung hätte ich dieses Amt nicht annehmen können. Sie haben mich vor zwei Jahren bestärkt und ermutigt, ohne genau zu wissen, was sie erwartet. In der Zwischenzeit wissen sie es. Gerade für meine Kinder im Teenager-Alter ist es nicht immer einfach, Sohn oder Tochter einer Politikerin zu sein. Deshalb freut es mich umso mehr, dass meine Familie heute hier ist und mich den ganzen Tag begleiten wird. Danke für euren Rückhalt.

Als meine erste Amtsaufgabe möchte ich nun meine Vorgängerin verabschieden und unserer abtretenden Ratspräsidentin, Karin Egli-Zimmermann, ganz herzlich danken. Liebe Karin, wir waren ein grossartiges Team und die Zusammenarbeit mit dir war unkompliziert, angenehm und hat Spass gemacht. Mir scheint es, als sei das Jahr unglaublich schnell vergangen, denn ich kann mich noch so gut an den Tag deiner Wahl zur Ratspräsidentin erinnern. Dein Motto oder dein Symbol für dein Amtsjahr war eine Welle. Eigentlich hättest du heute zum Abschluss deines Amtsjahres so eine richtige «La-Ola-Welle», eine Zuschauerwelle, wie wir sie aus den Sportstadien kennen, verdient. Das wäre sicher ein Novum gewesen hier im Parlament. Aber mein Respekt gegenüber dem altherwürdigen Ratssaal ist zu gross und ohne Übung hätten wir wohl kaum auf Anhieb eine dir gebührende Abschiedswelle hinbekommen. Also setze ich lieber auf Worte:

Im Namen des ganzen Kantonsrates spreche ich dir den grössten Dank aus. Du hast uns souverän durchs Jahr geführt und den Kanton Zürich würdevoll nach aussen vertreten. Der Höhepunkt deines Präsidialjahres war sicher die neue Budgetdebatte. Neun Sitzungen zu leiten, so kurz vor Weihnachten, das war kein Zuckerschlecken, sondern anspruchsvoll. Du hast dich nie aus der Ruhe bringen lassen, auch in

schwierigen Situationen nicht, hast stets einen kühlen Kopf bewahrt. Dafür gebührt dir mein Respekt.

Liebe Karin, für deine grossartigen Verdienste, die du für unseren Kanton geleistet hast, darf ich dir die höchste Auszeichnung überreichen, die der Kanton Zürich zu vergeben hat, den silbernen Löwen des Zürcher Kantonsrates – und natürlich Blumen. (*Applaus. Die neu gewählte Ratspräsidentin überreicht Karin Egli den silbernen Löwen und einen Blumenstrauss.*) Für die Zukunft wünsche ich dir, liebe Karin, alles Gute auf deinem weiteren Lebensweg, sei es in der Politik, in deinem Amt als Statthalterin oder natürlich in deinem Privatleben, für welches du nun sicher etwas mehr Zeit finden wirst. Und nun gebe ich gerne das Wort an den Fraktionspräsidenten, Jürg Trachsel.

*Jürg Trachsel (SVP, Richterswil):* Der Tradition folgend – und die SVP ist ja eine traditionsbewusste Partei –, darf ich heute als Fraktionspräsident der scheidenden Ratspräsidentin Karin Egli im Namen der SVP, aber sicher auch im Namen von Ihnen allen ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen. Liebe Karin, du hast es gut gemacht im vergangenen Amtsjahr und uns mit feminin straffer Hand geführt. Du hast den Rat hier in Zürich sec geleitet und den Mitgliedern der Geschäftsleitung eindrucksvoll und überzeugend vor Augen geführt, dass sich der Nabel des Kantons Zürich definitiv in Elgg befindet: Zwei Kantonsratspräsidien in nur fünf Jahren (*im Amtsjahr 2012/2013 präsiidierte Altkantonsrat Bernhard Egg aus Elgg den Rat*), das schafft nicht einmal Zürich oder Winterthur. Du hast aber die GL mehr als einmal spüren lassen, dass Elgg schon rein in verkehrstechnischer Hinsicht eine rechte Herausforderung ist, die man sich zuerst verdienen muss. Mit dem ÖV muss man ja fast schon einen Tag früher die Reise antreten und kommt auch nicht mehr am selben Tag nach Hause, wenn man dann ein bisschen später geht. Mit dem Auto – oder neudeutsch MIV (*motorisierter Individualverkehr*) – muss man staubedingt mindestens einen Zusatzkanister Benzin und ausreichend Verpflegung mitnehmen, sonst kollabiert man spätestens beim Brüttiseller Kreuz. Ist man dann aber einmal dort, in Elgg, zeigt sich einmal mehr, wie vielseitig, facettenreich, ja schlicht einzigartig unser schöner Kanton Zürich ist. Ich auf jeden Fall habe es noch nie erlebt, dass es zum Beispiel die Unikäfer aus Elgg sind, die es speziell auf die GL-Mitglieder einer einzigen Partei (*gemeint sind die FDP-Mitglieder Thomas Vogel und Dieter Kläy*) abgesehen haben und diesen auf ihre Art und Weise das Abendessen in Karins Garten versüsst haben.

Spass beiseite, du hattest natürlich auch ein gerüttelt Mass an Arbeit zu bewältigen in deinem Präsidialjahr. Nebst dem für das Präsidium doch recht anspruchsvollen Budget – diesmal mit Steuerfuss – hattest du noch die beinharte Knochenarbeit betreffend Revision des Kantonsratsgesetzes zu leisten. Neben der erwähnten samstäglichen Zusatzarbeit – du hast sie auch schon erwähnt – war dir aber auch viel Spezielles vergönnt. Die 100-Jahr-Proporz-Veranstaltung vor fast einem Jahr – es war der 7. Juli, die Temperaturen waren äusserst schweisstreibend –, dieser Anlass wird dir sicher als speziell und bereichernd, ja schlicht einzigartig in Erinnerung bleiben. Auch konntest du zwei Stichentscheide fällen – ich nehme es vorweg, du hast richtig entschieden – und damit all jene Leute hier drin Lügen gestraft, welche das wunderschöne Amt eines Kantonsratspräsidiums mit politischen Kastraten verglichen haben. Speziell an besagten zwei Stichentscheiden war allerdings sicher die Konstellation: Sie betrafen nämlich das gleiche Gesetz und den gleichen Paragraphen, Paragraph 13 Absatz 2 des Kirchengesetzes.

Zu guter Letzt hast du uns auf einer wunderbaren Reise nach Bordeaux klar vor Augen geführt, dass das alte Sprichwort «Andere Länder, andere Sitten» nach wie vor Gültigkeit hat. Interessante Besichtigungen und intensiver Austausch mit der lokalen Politik haben uns gezeigt, dass Begriffe wie «Demokratie» oder das Submissionswesen durchaus äusserst verschieden betrachtet werden können.

Liebe Karin, die SVP-Kantonsfraktion dankt dir herzlich. Wir wünschen dir, dem auf der Tribüne sitzenden Ueli und deinem Umfeld nun etwas geruhsamere Tage, vermehrt Zeit für Sport und ausgedehnte Motorradfahrten. Wir heissen dich nach getaner Arbeit mit einem Blumenstrauss wieder in unseren Reihen willkommen und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit dir. (*Applaus. Jürg Trachsel überreicht Karin Egli einen Blumenstrauss.*)

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Ich möchte mich nochmals herzlich bedanken bei euch allen. Es ist für mich eine grosse Ehre, dass ich als Vertreterin der CVP, einer im Kanton Zürich doch eher kleinen Fraktion, hier auf dem Präsidentenstuhl Platz nehmen darf. Trotz enormem Respekt vor den vielfältigen Aufgaben, die mich als höchste Zürcherin erwarten, fühle ich mich nach zwei Jahren auf dem Bock gut vorbereitet, und ich habe die Zeit als Vizepräsidentin intensiv genutzt, habe beobachtet und gelernt. Nun bin ich voller Tatendrang, freue mich auf die neue Herausforderung. Und ich verspreche Ihnen, dass ich mein Bestes geben werde.

So wie Sie Erwartungen und Hoffnungen in mich setzen, so habe auch ich Zuversicht und Vertrauen in Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn es gibt einiges zu tun. In einem Jahr stehen die nächsten Kantonsratswahlen an und die Traktandenliste ist lang, wie wir heute gehört haben, länger als auch schon. In den Kommissionen wird intensiv gearbeitet, damit die wichtigsten Geschäfte vor Legislaturende ihren Abschluss finden können. Doch die harte Arbeit in den Kommissionen nützt wenig, wenn sich die Geschäfte anschliessend im Rat stauen. Auch in diesem Jahr werden wieder einige grössere Geschäfte auf uns zukommen, die vielleicht mehr als einen Montagmorgen in Anspruch nehmen werden. Uns erwarten Teilrevisionen des Richtplans, das EG KVG (*Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz*), der Neuerlass zum Mehrwertausgleich und natürlich die Steuervorlage 17, um nur einige der wichtigsten zu nennen. Zusätzlich warten etliche Vorstösse, teilweise schon seit zwei Jahren, auf ihre Überweisung. Aus Zürcher Sicht sind das zweifellos mittlere bis grosse Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Würden wir unseren Blickwinkel von aussen auf die Schweiz oder Zürich richten, würden wir feststellen, dass unsere Probleme verschwindend klein sind im Vergleich mit anderen Ländern, Probleme eigentlich, die sich in kürzester Zeit erledigen lassen könnten. Vielleicht sollten wir uns öfter daran erinnern, wie gut es uns eigentlich geht. Dann wäre die eine oder andere Debatte eventuell manchmal etwas kürzer.

Aber es liegt wohl daran, dass ich eine unermüdliche Optimistin bin. Ich richte meinen Blick viel lieber nach vorne und konzentriere mich auf die Lösungsfindung, als lange über Spitzfindigkeiten zu lamentieren und zu philosophieren. Zukunftsgerichtet und hoffnungsvoll, so haben wir es auch heute Morgen in der Eröffnungsmesse gehört. Lassen Sie uns Sachpolitik in den Vordergrund stellen, damit wir uns speditiv und zielgerichtet unseren Traktanden widmen können. Dies sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig, denn ohne Fleiss kein Preis. So habe ich es zumindest im Sport gelernt. Als ehemalige Kunstturnerin habe ich über viele Jahre hart trainiert und mir Disziplin und Durchhaltevermögen angeeignet. Sie werden mir hoffentlich verzeihen, wenn meine Sitzungen eher um fünf nach zwölf enden werden und wahrscheinlich etwas weniger häufig bereits um fünf vor zwölf. Das beansprucht gewiss Ihre Ausdauer.

«Ausdauer» bezeichnet die Widerstandsfähigkeit gegen Ermüdung. Als erstes von drei Schlagwörtern soll dieser Begriff mein Amtsjahr prägen. Aber keine Angst, kombiniert mit Freude und Leidenschaft, genau wie im Sport, werden Sie nach etwas Training bald keine Müdigkeit mehr bemerken, auch nach knapp vierstündigen Sitzungen. Ich

bin mir bewusst, dass einige das Wort «Ausdauer» auch anderes interpretieren werden, und zwar, wenn es um die Redezeiten geht. Ja, die politische Volksvertretung wurde «Parlament» getauft, weil es von «parlare» abstammt. Zugegeben, die Sprache ist und bleibt das Medium des Politikers, denn ohne sprachliche Kommunikation ist Politik nicht möglich, weder in der Kommissionsarbeit noch in den Ratsdebatten. Die politische Rhetorik kann ausschlaggebend sein und über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Wir alle wollen ja eine Wirkung erzielen. Es ist nicht verwunderlich, dass der Drang nach Aufmerksamkeit zugenommen hat, denn in der heutigen Zeit kämpfen sogar Dörfer mit der Anonymisierung der Gesellschaft. Das führt dazu, dass man sich nicht mehr kennt im Dorf, und so werden stille und fleissige Schaffer nicht mehr wiedergewählt, weil sie nicht mehr wahrgenommen werden, wenn sie sich nicht gebührend zu Wort melden. Rhetorik oder, wie es so schön heisst, die Kunst der Rede ist also enorm wichtig, aber Sie dürfen sich gerne eines meiner Lieblingssprichwörter zu Herzen nehmen: «In der Kürze liegt die Würze.» Denn nicht immer heisst «länger» auch «besser».

Aufmerksamkeit zu erlangen ist vor allem in einem Wahljahr das A und O. Neben den Printmedien, die leider immer weniger aus dem Kantonsrat berichten – aber trotzdem Danke allen Journalisten, die heute hier ausharren oder jeden Montag die vier Stunden hier zuhören –, sind auch die neuen sozialen Medien wie Facebook, Twitter, YouTube und Co. nicht mehr ausser Acht zu lassen. Irgendwie sind sie Flucht und Segen zugleich. Sie helfen zwar vor allem uns kleineren Fraktionen, Inhalte und Meinungen zu verbreiten, die den Eingang in die grossen Zeitungen nicht finden. Trotzdem machen uns die neuen Medien das Leben nicht unbedingt einfacher, weder uns Politikern noch unseren Wählern. Die Informationsflut wird grösser und komplexer und sie verstärkt vor allem den rhetorischen oder besser gesagt den populistischen Wettstreit. Für die verbalen Streitereien im Internet bin ich zum Glück nicht zuständig. Aber als Ratspräsidentin wird es meine Aufgabe sein, hier im Saal das richtige Mass zu finden und in extremen Fällen einzugreifen. Mein zweites Merkwort heisst deshalb «Anstand». Anstand und respektvolle Umgangsformen vereinfachen nämlich das Zusammenleben durch ein besseres Arbeitsklima und erleichtern in politischen Prozessen die Lösungsfindung. Nicht nur was wir tun ist wichtig, sondern auch wie wir es tun. Und dies führt sogleich zu meinem dritten und letzten Stichwort: Ausstrahlung. Es ist mir als Präsidentin wichtig, dass wir als Volksvertreter eine positive Ausstrahlung vermitteln können. Es erstaunt mich immer wieder, wie unbekannt die kantonalen Parlamente sind und wie wenig unsere Ar-

beit wahrgenommen wird. Daran hat auch unser Abstecher nach Winterthur nicht viel verändert. Leider ist es Tatsache, dass sich mit konstruktiver Politik weniger Wirkung erzielen lässt als mit kleineren und grösseren Skandalchen. Ich hoffe, es gelingt mir bei all den Repräsentationen, auch unserer Arbeit mehr Bekanntheit zu verleihen. Darüber hinaus wird es Begegnungen mit ausländischen Delegationen geben, welchen ich mit grossem Enthusiasmus unser politisches System näherbringen darf.

Wir schimpfen hier im Rat oft über die grosse Anzahl der Fraktionen. Doch als eine Verfechterin unseres Parteiensystems schätze ich diese Heterogenität. Sie widerspiegelt nämlich die Vielfalt unseres schönen Kantons Zürich. Diesen grandiosen Kanton darf ich nun während eines Jahres nach aussen vertreten. Dies wird wohl zu meinen schönsten und eindrucksvollsten Aufgaben gehören. Und ich freue mich sehr auf diese ehrenvolle Aufgabe.

Somit komme ich zum Schluss und fasse gerne meine drei Leitwörter, mein Credo fürs Amtsjahr, zusammen: Ausdauer, Anstand, Ausstrahlung. Es geht noch kürzer: Triple A. Diese Abkürzung steht in diesem Fall nicht für die beste Einstufung unserer Bonität, sondern mein Triple A soll für ein erfolgreiches Jahr stehen. Danke, dass Sie mich dabei kollegial unterstützen. Ich freue mich nun auf die Zusammenarbeit und danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. (*Applaus.*)

### ***Gratulation an den neuen Regierungspräsidenten***

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Bevor wir zur Wahl der Vizepräsidenten kommen, möchte ich an dieser Stelle noch unserem neuen Regierungspräsidenten gratulieren. Lieber Thomas (*Regierungspräsident Thomas Heiniger*), am 1. Mai wurdest du zum zweiten Mal in deiner Regierungsratskarriere zum Regierungspräsidenten gewählt. Zur Wahl an die Spitze der Regierung möchte ich dir ganz herzlich gratulieren. Wie wir ebenfalls kürzlich erfahren durften, wird dies dein krönender Abschluss sein in der Zürcher Regierung (*Thomas Heiniger tritt bei den nächsten Wahlen nicht mehr zur Wiederwahl an*). Also ist es mir eine besondere Ehre, dass ich mit dir das Präsidialjahr bestreiten darf, und ich freue mich auf ein spannendes Jahr. Wir werden sicher am einen oder anderen Sportanlass gemeinsam anzutreffen sein. Auf einen Marathon werde ich dich aber nicht begleiten, denn meine Stärken liegen eher im Sprint und nicht im Langstreckenlauf. Dabei möchte ich es belassen und werde darum mein Bestes geben, dass wir auch

von Marathon-Kantonsratssitzungen verschont bleiben werden. Herzliche Gratulation, lieber Thomas. (*Applaus. Yvonne Bürgin überreicht Regierungspräsident Thomas Heiniger einen Blumenstrauss.*)

### ***Gratulation zur Geburt eines Kindes***

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Und wir haben noch eine schöne Nachricht. Wir haben politischen Nachwuchs erhalten. Heute ist auch Rosmarie Joss wieder unter uns. Sie hat eine Tochter geboren, Jolanda. Ich freue mich sehr, dass ich ihr heute den Löwen überreichen darf. Herzliche Gratulation und alles Gute. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Rosmarie Joss den Plüschlöwen des Kantonsrates.*)

### ***Wahl des 1. Vizepräsidenten***

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Wir kommen nun zur Wahl des ersten Vizepräsidiums. Gemäss Paragraph 13 des Kantonsratsgesetzes ist auch hier geheime Wahl vorgeschrieben.

*Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Dieter Kläy, FDP, Winterthur.*

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Tür ist zu schliessen und drücken Sie jetzt bitte die Präsenztaste «P/W».

Es sind 168 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmenzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder .....	168
Eingegangene Wahlzettel.....	168



Davon leer .....	1
Davon ungültig.....	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl.....	167
Absolutes Mehr .....	84
Gewählt ist Dieter Kläy mit .....	160 Stimmen
Vereinzelte .....	<u>7 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von .....	167 Stimmen

Herzliche Gratulation. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Dieter Kläy einen Blumenstrauss.*)

### **Wahl des 2. Vizepräsidenten**

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Auch hier ist geheime Wahl vorgeschrieben.

*Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Als zweiten Vizepräsidenten schlägt Ihnen die Interfraktionelle Konferenz vor:

*Roman Schmid, SVP, Opfikon.*

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Wird der Vorschlag vermehrt? Nein, das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache auch hier wieder darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Da die Tür nicht geöffnet wurde, müssen wir die Präsenz nicht neu ermitteln. Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmenzähler verteilen jetzt wieder die Stimmzettel und sammeln diese dann auf mein Zeichen hin wieder ein. Ich bitte Sie, auf Ihren Plätzen sitzenzubleiben.

Ich bitte die Stimmenzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder .....	168
Eingegangene Wahlzettel.....	168
Davon leer .....	14

Davon ungültig.....	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl.....	153
Absolutes Mehr .....	77
Gewählt ist Roman Schmid mit .....	150 Stimmen
Vereinzelte .....	<u>3 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von .....	153 Stimmen

Ich gratuliere Roman Schmid zu seiner Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Roman Schmid einen Blumenstrauss.*)

Die Tür kann jetzt geöffnet werden.

### ***Wahl von drei Mitgliedern des Sekretariates der Geschäftsleitung***

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall.

*Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Für das Ratssekretariat schlägt Ihnen die Interfraktionelle Konferenz vor:

*Pierre Dalcher, SVP, Schlieren,  
Philipp Kutter, CVP, Wädenswil,  
Sibylle Marti, SP, Zürich.*

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder des Sekretariates und der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ihnen herzlich zu ihrer Wahl.

Pierre Dalcher darf gerne hier vorne (*gemeint ist der sogenannte «Vorbock»*) Platz nehmen, denn wir sind heute auf dem Bock ein bisschen verwaist. Danke.

### ***Wahl von zehn weiteren Mitgliedern der Geschäftsleitung***

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Diese Wahl kann ebenfalls offen durchgeführt werden oder wird hier ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

*Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen vor:

*Markus Bischoff, AL, Zürich,  
Esther Guyer, Grüne, Zürich,  
Marcel Lenggenhager, BDP, Gossau,  
Markus Schaaf, EVP, Zell,  
Benno Scherrer, GLP, Uster,  
Markus Späth, SP, Feuerthalen,  
Jürg Trachsel, SVP, Richterswil,  
Thomas Vogel, FDP, Illnau-Effretikon,  
Erich Vontobel, EDU, Bubikon,  
Theresia Weber, SVP, Uetikon a. S.*

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Somit erkläre ich die Vorgeschlagenen als Mitglieder der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ihnen herzlich zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

### **3. Änderung der Kantonsverfassung (Steuerfuss)**

Parlamentarische Initiative Stefan Feldmann (SP, Uster), Max Homberger (Grüne Wetzikon) und Beat Monhart (EVP, Gossau) vom 28. August 2017

KR-Nr. 223/2017

*Die parlamentarische Initiative hat folgenden Wortlaut:*

Die Verfassung des Kantons Zürich wird wie folgt geändert:

Art. 56 <sup>1</sup> Der Kantonsrat beschliesst mit einfachem Mehr über:

b. den Steuerfuss für die Staatssteuer. Ist der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung nicht gegeben oder führt eine Senkung des Steuerfusses dazu, dass dieser nicht mehr gegeben ist, so sind Anträge auf Senkung des Steuerfusses nicht zulässig.

Begründung:

Ist der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung nicht gegeben, befinden sich die Finanzen des Kantons Zürich in Schieflage. Verfassung und Gesetz verpflichten Regierungsrat und Kantonsrat dazu, den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung wiederherzustellen: Der Regierungsrat ist verpflichtet, Massnahmen vorzuschlagen, um den mittelfristigen Ausgleich wiederherzustellen, der Kantonsrat ist verpflichtet, sich bei der Beratung dieser Massnahmen an den Saldo der regierungsrätlichen Anträge zu halten.

Wie die Erfahrungen lehren, ist die Herstellung des mittelfristigen Ausgleichs der Laufenden Rechnung ein langwieriger Prozess, der ein sorgfältiges Abwägen von Schaden und Nutzen von Sparmassnahmen bedarf. In einer solchen, für den Kanton Zürich schwierigen finanziellen Situation sind Vorkehrungen angezeigt, dass der öffentlichen Hand nicht über Steuerfussenkungen zusätzliche Mittel entzogen und dadurch die finanzielle Situation weiter verschärft wird.

Die Kantonsverfassung ist dergestalt zu ändern, dass der Steuerfuss nicht gesenkt werden darf, wenn der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung nicht gegeben ist. Ebenfalls nicht zulässig sein sollen Steuerfussenkungen, wenn diese dazu führen, dass der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung nicht mehr gegeben ist.

*Stefan Feldmann (SP, Uster):* Wenig anderes hat die kantonale Politik in den letzten rund zwei Jahren derart dominiert wie der mittelfristige Ausgleich der laufenden Rechnung. In diesem Saal haben wir in den letzten Monaten diverse L16-Vorlagen (*Leistungsüberprüfung 2016*) beraten, welche durch diesen heiligen Gral der kantonalen Finanzpolitik begründet waren. Nun, ganz so heilig war dieser Gral dann allerdings auch wieder nicht, hat doch die bürgerliche Seite in diesem Rat jene Vorlagen des Regierungsrates, welche ihr nicht genehm waren – denken wir etwa an die Lex Hirslanden (*Vorlage 5301*) und den Deal zwischen SVP und FDP –, kurzerhand einfach abgeschossen und dabei die in der Kantonsverfassung vorgeschriebene Saldobindung des mittelfristigen Ausgleichs geflissentlich ignoriert. Aber gut, das soll hier nicht oder nur am Rande das Thema sein.

Thema dieser PI ist ein anderer Aspekt in der Konstruktion des mittelfristigen Ausgleichs: Was ist der Sinn und Zweck dieser Konstruktion

mit dem Namen «mittelfristiger Ausgleich der laufenden Rechnung»? Wir alle kennen ihn inzwischen zur Genüge: Ist der mittelfristige Ausgleich der laufenden Rechnung über einen Zeitraum von acht Jahren nicht gegeben, dann befinden sich – so die Definition – die Finanzen des Kantons Zürich in einer Schieflage. Verfassung und Gesetz verpflichten Regierungsrat und Kantonsrat in dieser Situation dazu, den mittelfristigen Ausgleich der laufenden Rechnung wiederherzustellen, und sie schränken dabei auch die sonst übliche Handlungsfreiheit von Exekutive und Legislative ein, den Kantonsrat eben zum Beispiel durch die bereits erwähnte, von ihm aber bislang ignorierte Saldobindung bei Sparprogrammen. In einer solchen ausserordentlichen Situation, in welcher der Kanton Zürich dafür kämpft, finanziell wieder zu gesunden, ist es nun aber möglich, diese Bemühung mit einer simplen Senkung des Steuerfusses zu unterlaufen, die finanzielle Situation des Kantons, statt zu verbessern, weiter zu verschärfen. Das ist unsinnig, das ist unvernünftig. Ich wage die Behauptung, zu Hause mit ihrem privaten Haushalt würden Sie so niemals verfahren. Wenn Sie zu Hause mit dem Lohn, den Sie und allenfalls weitere Familienmitglieder nach Hause tragen, nicht oder nur knapp über die Runden kommen, Sie die Musikstunden für die Kinder streichen, den Ersatzkauf für einen hoffnungslos veralteten Computer aufschieben, die bislang üblichen Ferien im Toggenburg absagen und auf den Sonntagsausflug mit der Schwiegermutter auf dem Zürichsee verzichten müssen, wenn Sie also an allen Ecken und Enden sparen, was tun Sie dann? Würden Sie allenfalls mit einem Zweitjob versuchen, die familiäre Ertragsbasis zu verbessern, oder würden Sie zu Ihrem Chef gehen und ihn darum bitten, das Arbeitspensum und damit den Lohn reduzieren zu dürfen? Nun, ich denke, die Antwort ist klar, denn Letzteres ist derart unsinnig und unvernünftig, dass niemand von uns auf die Idee käme, so zu handeln. Die Konstruktion des mittelfristigen Ausgleichs lässt aber, bezogen auf den Finanzhaushalt des Kantons Zürich, genau diese unsinnige und unvernünftige Handlungsweise zu.

Nun werden Sie möglicherweise sagen und Kolleginnen und Kollegen aus der bürgerlichen Mitte, mit denen ich über diese PI gesprochen habe, haben mir das auch schon so gesagt: «Eben genau weil es so unsinnig und unvernünftig ist, wird dieses Szenario, dass der Kantonsrat mitten in einem Sparprogramm den Steuerfuss senkt, auch nicht eintreten. Wir sind ja alles vernünftige Leute.» Nun, zumindest die grösste Fraktion in diesem Saal (*gemeint ist die SVP*) stellt aber genau diese Unvernunft alle zwei Jahre zur Schau, indem sie auch mitten im laufenden Sparprogramm Steuerfussenkungen verlangt. So völlig abwegig ist dieses Szenario also ganz offensichtlich doch nicht.

Vor allem aber wenn es eine Selbstverständlichkeit ist, dass nicht mitten in einem Sparprogramm mit einer Steuerfussenkung die finanzielle Situation des Kantons weiter verschärft wird, dann können wir diese Selbstverständlichkeit doch auch so in die Kantonsverfassung schreiben. Sie vergeben sich dadurch ja nichts, denn Sie schliessen diese Möglichkeit für sich selber ja eben als unsinnig und unvernünftig aus. Sie schränken Ihren eigenen politischen Handlungsspielraum somit in keiner Art und Weise ein.

Die in dieser PI vorgeschlagene Regelung einer Ergänzung der Kantonsverfassung ist vernünftig, sie ist sinnvoll und sie schliesst eine Lücke in der Konstruktion des mittelfristigen Ausgleichs. Ich bitte Sie deshalb, diese parlamentarische Initiative vorläufig zu unterstützen. Ich danke Ihnen.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt):* Ja, mit dieser parlamentarischen Initiative will die Ratslinke, dass Steuersenkungen zukünftig verboten sind, wenn die Kantonsfinanzen mittelfristig nicht ausgeglichen sind oder eine Steuersenkung zu einem mittelfristigen Defizit führt. So seriös sich der Vorstoss auf den ersten Blick liest, so kreuzfalsch ist er in vierfacher Hinsicht:

Erstens: Der Vorstoss setzt grundsätzlich falsche Budgetierungsanreize. Würde der Regierungsrat eine Steuerfussenkung verhindern wollen, sähe er sich gezwungen, auf der Ausgabenseite zu hoch und auf der Einnahmeseite zu tief zu budgetieren. Beides würde dazu führen, dass sie Zahlen zu den prognostizierten zukünftigen Jahresabschlüssen zu pessimistisch angesetzt werden, was Steuerfussenkungen dann verunmöglichen würde.

Dann zweitens: Der Vorstoss begünstigt das Ausgabenwachstum. Der Regierungsrat könnte nämlich an allen Ecken und Enden die Ausgaben forcieren und auch damit einer Steuerfussenkung proaktiv entgegenwirken. Heute haben wir einen bürgerlichen Regierungsrat und diesbezüglich weniger Sorgen. Einen Blick auf diverse linksregierte Städte zeigt jedoch klar auf, dass es Politiker gibt, welche das Geld der Steuerzahler am liebsten mit beiden Händen ausgeben. Solches Verhalten zu fördern mit diesem Vorstoss oder sogar zu belohnen, erachtet die SVP als grundsätzlich falsch.

Dann, drittens, würde die Initiative die ganzheitliche Sichtweise bezüglich Steuerstrategie einschränken. Es ist eine Tatsache, dass sich der Kanton Zürich in einem Wettbewerb der steuerlichen Standortbedingungen befindet; dies national wie auch international. Die Linken können diesen Wettbewerb noch lange tadeln, aber er ist Realität und

ist nicht wegzudiskutieren. Und letztlich ist es auch ein Faktum, dass jene Länder, welche sich diesem Wettbewerb stellen, den Menschen grundsätzlich mehr Wohlstand bieten als die Länder, welche sich diesem Wettbewerb verschliessen. Mittels der PI würde dieser Wettbewerb an unserem Kanton Zürich zukünftig vorbeiziehen. Wir wären dazu verdammt, unsere Steuerstrategie allein auf unsere Einnahmen und unsere Ausgaben abzustützen, ohne Blick auf das Umfeld. Und der Kanton Zürich – das ist sehr wichtig – braucht eine Steuerstrategie mit ganzheitlicher Sichtweise, nicht nur die Sichtweise nach innen, sondern auch die Sichtweise nach aussen. Und auch daher ist dieser Vorstoss abzulehnen.

Dann, viertens, sehen wir die Gefahr, dass im privaten Sektor Arbeitsplätze, wichtige Arbeitsplätze, verloren gehen können. Denn mit dem Vorstoss wird es faktisch unmöglich, während Phasen von wirtschaftlicher Stagnation oder Rezession durch den Staat mittels Steuersenkung entsprechende Impulse zur Konjunkturförderung und Sicherung der Arbeitsplätze Akzente zu setzen. Ebenfalls wäre es unmöglich, in solchen anspruchsvollen Phasen auf nationale oder internationale Veränderungen oder Verschiebungen des Steuersubstrats zielgerichtet reagieren zu können.

Wie erwähnt, haben wir heute einen bürgerlichen Regierungsrat. Die Finanzen des Kantons Zürichs sind unter der Ära von Ernst Stocker (*Regierungsrat*) und dem bürgerlichen Regierungsrat wieder ins Lot gekommen. Insofern wäre eine Annahme dieser PI hier und jetzt, wären die Risiken überschaubar aufgrund des bürgerlichen Regierungsrates und weil ich weiss, dass Ernst Stocker den falschen Versuchungen dieser PI widerstehen würde. Dass der Kanton Zürich aber auch in ferner Zukunft einen gleichwertig soliden Finanzdirektor haben wird, steht in den Sternen. Wehe denn, es kommt jemand aus dem politisch linken Lager ans Finanzrunder, dann würde nämlich die PI von Stefan Feldmann den wahren Graus verbreiten, welche sie beinhaltet.

Die SVP beantragt daher, die Initiative nicht zu unterstützen.

*Beatrix Frey (FDP, Meilen):* Ich kann es vorwegnehmen: Die FDP wird die parlamentarische Initiative nicht vorläufig unterstützen. Wir teilen zwar die Auffassung der Initianten, dass die Wiederherstellung des mittelfristigen Ausgleichs der laufenden Rechnung ein langwieriger und schwieriger Prozess sein kann, und auch, dass es ein sorgfältiges Abwägen darüber braucht, welche Massnahmen vertretbar und zielführend sind. Aber genau das ist die ureigene Aufgabe dieses Par-

laments, zu entscheiden, welche Aufgaben welche Ressourcen benötigen oder eben welche Ressourcen nicht eingesetzt werden sollen.

Wir alle wissen, dass der KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) und sein mittelfristiger Ausgleich keine exakte Wissenschaft sind, sondern das Produkt intensiver politischer Auseinandersetzungen und die Summe der Erwartungen über die Entwicklungen der Erträge, namentlich der Steuererträge. Und ja, das Ringen um den mittelfristigen Ausgleich in den Budgetdebatten ist immer mühsam und manchmal sogar nervtötend, aber das Parlament ist schliesslich kein Streichelzoo. Wir finden es denn auch bezeichnend, um nicht zu sagen verräterisch, dass die Initianten auf Verfassungsstufe lediglich versuchen wollen, die Einnahmeseite zu schützen. Weshalb verlangen die Initianten nicht auch den mittelfristigen Ausgleich auf Verfassungsstufe zu regeln und namentlich Paragraf 4 Absatz 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung dort zu verankern? Das ist diejenige gesetzliche Bestimmung, die den Regierungsrat dazu anhält, dem Kantonsrat bei einer Gefährdung des mittelfristigen Ausgleichs Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben vorzulegen. Nun, ich glaube, die Antwort kennen wir alle.

Wir sind gerne bereit, uns mit den Initianten Gedanken über eine kluge und wirksame Schuldenbremse zu machen. Wir sind aber nicht bereit, uns den parlamentarischen Handlungsspielraum einseitig einschränken zu lassen. Dass dies auch gar nicht nötig ist, hat die letztjährige Budgetdebatte gezeigt. Wenn es stichhaltige Argumente gegen Steuerfussenkungen gibt, die mehr als Klassenkampfrhetorik sind, dann werden die Steuern nicht gesenkt in diesem Rat. So einfach ist das. Ich bitte Sie, die PI vorläufig nicht zu unterstützen.

*Max Homberger (Grüne, Wetzikon):* Wir Grünen unterstützen diese PI. Wir sind, wie wir gehört haben und wissen, dem mittelfristen Ausgleich verpflichtet. Wir Grünen halten diesen hoch. Wenn er nicht mehr gegeben ist, dann kann es nicht darum gehen, weitere Mittel durch Steuersenkungen zu entziehen. Es haben dann auch keine Sparprogramme Platz. Eigentlich ist das ja selbstverständlich, aber bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen in diesem Raume nicht sicher. Kollege Stefan Schmid hat meine Unsicherheit in dieser Frage noch verstärkt, indem die SVP offenbar nicht so auf den mittelfristigen Ausgleich verpflichtet ist. Eine Präzisierung dieser Sache im Steuergesetz ist aktuell geboten.



*Ruth Ackermann (CVP, Zürich):* Habe ich richtig gelesen? Erstens: Die Initianten wollen unsere Verfassung ändern. Soweit klar. Unter gewissen Umständen, zweitens, soll es nicht erlaubt sein, den Steuerfuss zu senken. Soweit auch klar. Aber drittens – ich zitierte aus der PI: «So sind Anträge auf Senkung des Steuerfusses nicht zulässig.» Wirklich? Soll bereits ein entsprechender Antrag nicht mehr erlaubt sein? Soll unsere Verfassung wirklich mit einer Aufzählung von nicht zulässigen Anträgen überflutet werden? Wie wär's, wir könnten ja Anträge zur Änderung der Verfassung nicht mehr als zulässig erklären. Jedem steht frei, einen beliebigen Antrag zu unterstützen und abzulehnen. Das Recht dazu sollte bestehen bleiben. Selbstverständlich wünschen wir uns auch von der CVP einen mittelfristigen Ausgleich der laufenden Rechnung und sind bereit, aktiv daran mitzuarbeiten. Wir unterstützen diese PI aber nicht.

*Beat Monhart (EVP, Gossau):* Es gibt Dinge, die wiederholen sich immer wieder und daraus ergibt sich im Idealfall Erfahrung. Und wie die Erfahrung so lehrt, ist die Herstellung des mittelfristigen Ausgleichs der laufenden Rechnung ein langwieriger Prozess, der eines sorgfältigen Abwägens von Schaden und Nutzen von Sparmassnahmen bedarf. In einer solchen für den Kanton Zürich schwierigen finanziellen Situation sind Vorkehrungen angezeigt, dass der öffentlichen Hand nicht über Steuerfussensenkungen noch zusätzlich Mittel entzogen und dadurch die finanzielle Situation weiter verschärft wird. Mit dieser PI soll die Kantonsverfassung so geändert werden, dass der Steuerfuss nicht gesenkt werden darf, wenn der mittelfristige Ausgleich der laufenden Rechnung nicht gegeben ist. Ebenfalls nicht zulässig sein sollen Steuerfussensenkungen, wenn diese dazu führen, dass der mittelfristige Ausgleich der laufenden Rechnung nicht mehr gegeben ist. Die EVP unterstützt diese PI zur Änderung der Kantonsverfassung.

*Kaspar Bütikofer (AL, Zürich):* Die Alternative Liste AL wird die PI vorläufig unterstützen. Wir unterstützen die PI Feldmann in dem Sinne, dass die ganze Mechanik des mittelfristigen Haushaltsausgleichs auf ihre Tauglichkeit hin untersucht werden soll. Wir sind gegenüber der PI Feldmann skeptisch eingestellt, sehen aber auch ihre Berechtigung. Was die PI Feldmann verlangt, ist eine weitere Verbesserung des mittelfristigen Haushaltsausgleichs. Seitens der AL sind wir dem gegenüber aber sehr skeptisch eingestellt, und es ist zu befürchten, dass wir hier eher eine Verschlimmbesserung machen. Denn das echte

Problem ist der mittelfristige Haushaltsausgleich als solcher. Mit diesem Instrument tritt der Kantonsrat seine politischen Kompetenzen dem Regierungsrat beziehungsweise der Verwaltung ab. Es ist dann der Taschenrechner, der darüber entscheidet, ob und wie gespart werden soll.

Wo diese starre Regelung hinführt, wurde uns am Lül6 vordemonstriert. So wurde im KEF 2016 bis 2019 ein Defizit von 1,8 Milliarden Franken prognostiziert und es wurde gleich ein Sparpaket in diesem Umfang geschnürt. Zu dieser Übung war der Regierungsrat vom Gesetz her verpflichtet. Aber bereits ein Jahr später mussten wir feststellen, dass die Grundlagen für dieses Sparpaket gar nicht gegeben waren. Der mittelfristige Haushaltsausgleich des Folgejahres war absolut im grünen Bereich und wir sahen, es wurde auf Vorrat gespart.

Aber das Problem der starren Regelung geht noch weiter: Gemäss CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) muss der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag erstatten, wenn der mittelfristige Haushaltsausgleich nicht gewährleistet ist. Das heisst, der Regierungsrat muss dem Kantonsrat eine Vorlage vorlegen. So wurde das auch beim San04 (*Sanierungsprogramm 2014*) gemacht. Aber offenbar war die gesetzliche Mechanik so untauglich und die Regelung war so starr, dass der Regierungsrat mit dem Lül6 dem Rat mehrere Vorlagen präsentierte. Das Resultat davon war dann auch, dass der Kantonsrat das Sparpaket zerpfückte und beispielsweise die bürgerliche Mehrheit bei der berechtigten Sparmassnahme beim Hirslanden-Spital diese dann ablehnte. Kurz: Das Instrument des mittelfristigen Haushaltsausgleichs hat sich nicht bewährt.

Wir sehen aber auch die Berechtigung dieser PI. Denn noch bevor Lül6 richtig zu wirken beginnt, liebäugelt der Regierungsrat schon wieder damit, die Steuern zu senken. So wird quasi die Sparspirale wie ein Perpetuum mobile in Gang gehalten und wir gehen von Sparpaket zu Sparpaket. In diesem Sinne unterstützen wir die PI Feldmann und bitten die zuständige Kommission, dann das ganze Instrument auf seine Tauglichkeit hin zu prüfen. Besten Dank.

*Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf):* Die EDU findet diesen Zusatz in der Verfassung nicht notwendig und auch nicht zielführend. Wenn der Kanton Zürich finanziell in Schieflage ist, wie es die Initianten dieses Antrages beschreiben, und somit der mittelfristige Ausgleich nicht erreicht wird, sind verschiedene Ursachen ausschlaggebend. Dementsprechend sind auch verschiedene Möglichkeiten für eine Verbesserung der Situation zu prüfen. Dies kann sogar eine Steu-

ensenkung beinhalten, wenn unser Steuerfuss im kantonalen Steuerwettbewerb unattraktiv ist. Eine Steuerfussenkung als Tabuzone für zukünftige Zeiten in der Verfassung zu verankern, lehnt die EDU entschieden ab. Zudem hat aus unserer Sicht unser Rat in den letzten Jahren keine so unvernünftige Steuersenkung getätigt, dass ein solcher Kasteiungsantrag in der Verfassung notwendig wäre.

*Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau):* Ich glaube, es ist jedem Parlamentarier hier drin klar, dass wir die Verpflichtung zum mittelfristigen Ausgleich haben und die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen sind. Wenn ich nun höre, dass man hier die Mehrheiten, die im Moment herrschen, irgendwie einschränken möchte, dann finde ich das absolut den falschen Ansatz, denn die Mehrheiten können sich immer wieder einmal verändern – wir werden es gleich im nächsten Frühjahr (*Kantonsratswahlen 2019*) eventuell sehen, die Hoffnungen sind ja bei Einzelnen sehr, sehr hoch – und dann liegt die Steuerung bei anderen Mehrheiten. Ich selber habe keine Angst vor Mehrheiten. Denn gerade die Mehrheit hat hier in diesem Rat in den letzten Jahren immer wieder entschieden, keine Steuerfussenkungen zu machen. Es sind dann halt – das wissen wir alle – populistische Anträge, um irgendwo noch in die Zeitungen zu kommen oder irgendwas noch herbeizuführen, um diese nötige Aufmerksamkeit zu erhalten.

Die PI scheint uns, selbst wenn man das prüft, nicht notwendig. Wir müssen uns hier nicht beschränken, und wenn, dann bitte auf beide Seiten beschränken. Dann haben wir tatsächlich Sparprogramme zu schnüren und können nicht dann vielleicht den Ausweg über Steuererhöhungen suchen. Also da müsste man dann schon konsequent sein. Also, haben Sie doch Vertrauen in das Parlament, dass wir wissen, wie wir es zu machen haben, selbst wenn der Regierungsrat dann irgendwann wieder mal das Gefühl hat, er könne in Richtung Steuerfussenkung kommen. Wir hier drin entscheiden. Und hier drin sind dann Mehrheiten vielleicht plötzlich nicht mehr Mehrheiten, sondern sie ergeben sich aus der Vernunft. Und diese Vernunft, die traue ich Ihnen allen zu, und deshalb unterstützen wir die PI nicht.

*Bruno Scherrer (GLP, Uster):* Steuern sollen gesenkt werden können, wenn wir, das Parlament, das wollen oder die Ausgangslage es nötig macht. Bei der Steuervorlage 17 oder einer späteren Steuervorlage, die wir in Hinblick auf Veränderung im Bund umsetzen müssen, dürfen oder wollen, braucht es die Möglichkeit für punktuelle Steuersenkungen, unabhängig davon, wie es gerade um den mittelfristen Ausgleich

steht. Aber selbstverständlich haben wir diesen zu berücksichtigen. Wir Kantonsräte brauchen aber – und das wurde mehrfach schon gesagt – keine unnötige Selbstbeschränkung. Wir können sehr wohl abwägen, was wann wie notwendig ist. Es kann also durchaus sein, dass wir, der Kantonsrat als Parlament, einmal eine Sanierung und eine Senkung der Steuern beschliessen. Das soll möglich sein, denn wir entscheiden. Automatismen sind nicht sinnvoll. Automatismen im Sinne eines Verbots sind schon gar nicht sinnvoll. Auch aus liberaler Haltung sind wir also gegen diese PI.

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

#### *Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative 223/2017 stimmen 59 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht.** Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

#### **Verschiedenes**

#### ***Rücktrittserklärungen***

*Rücktritt aus dem Kantonsrat von Fabian Molina, Illnau-Effretikon*

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Sie haben am 9. April 2018 dem Rücktrittsgesuch von Kantonsrat Fabian Molina, Illnau-Effretikon, stattgegeben. Heute nun ist dieser Tag des Rücktritts gekommen.

*Ratssekretär Pierre Dalcher verliest das Rücktrittsschreiben:* «Es war mir eine Ehre und Freude, als Mitglied des Kantonsrates zusammen mit Ihnen über die Zukunft des Kantons Zürich zu streiten und zu befinden, und ich habe die ernsthafte Zusammenarbeit mit Ihnen allen in meiner kurzen Zeit im Rat sehr geschätzt. Ich danke insbesondere meiner Fraktion und den Mitgliedern der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit und wünsche meiner Fraktion viel Erfolg und der STGK wieder mehr Geschäfte.

Ihnen allen wünsche ich für Ihre private Zukunft alles Gute und hoffe, dass Sie im Wissen um die Grenzen menschlicher Macht, wie es in unserer Kantonsverfassung heisst, die Weitsicht besitzen, die Geschichte des Kantons Zürich als «weltoffenen, wirtschaftlich, kulturell und sozial starken» Kanton Zürich zu gestalten. Und dass der Kantonsrat für diese bedeutende Arbeit die öffentliche Anerkennung bekommt, die er verdient.

Viele Grüsse, Fabian Molina.»

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Wir verabschieden uns heute von unserem Ratskollegen Fabian Molina. Er übernahm im August 2017 den Kantonsratssitz der SP im Bezirk Pfäffikon von Sabine Sieber Hirschi. Fabian Molina verschaffte sich schon früh einen Namen als tüchtiger Jungpolitiker. Der Gemeinderat von Illnau-Effretikon und das Präsidium der JUSO Schweiz waren dabei wichtige Stationen. Auch bei seinem kurzen Gastspiel im Kantonsrat setzte er sich von Anbeginn aktiv für sozialdemokratische Anliegen ein. Die Kommissionsarbeit unseres Rates trug er als Mitglied der Kommission für Staat und Gemeinden mit.

Fabian Molina rückte im März dieses Jahres für Tim Guldimann in den Nationalrat nach. Wir danken ihm für sein parlamentarisches Engagement und wünschen ihm bei der Ausübung seines neuen Mandates sowie auch im Privaten alles Gute. (*Applaus.*)

### ***Einladung zum Apéro***

*Ratspräsidentin Yvonne Bürgin:* Somit sind wir schon fast am Schluss der heutigen Sitzung angekommen. Im Anschluss sind Sie alle herzlich zum Apéro eingeladen. An dieser Stelle möchte ich das Geheimnis lüften, welchen Wein ich mir ausgesucht habe.

Der Weiss- wie auch der Rotwein stammt von Blauburgunder/Pinot-Noir-Trauben, welche auf rund 16 Hektaren Land im Rafzerfeld stehen. Warum Rafzerfeld? Erstens: Rüti hat keine Rebberge. Zweitens: Rafz ist während vieler Jahre die Endstation der S5 gewesen. Die S5-Bahnlinie hat bis vor kurzem Rüti am einen Ende des Kantons mit Rafz am anderen Ende des Kantons verbunden. Dieser Wein soll ein Symbol sein für die Wichtigkeit, welche die S-Bahn für Rüti, aber ebenso für den ganzen Kanton Zürich hat.

Der Weisswein ist ein Blanc de Noir, Jahrgang 2017. Das vergangene Jahr war aufgrund von Frost ein kleiner, aber feiner Weinjahrgang mit

sehr geschmackvollen Trauben. Der Rotwein ist ein Pinot Noir Barrique, Jahrgang 2015. Der Weinlieferant Felix Angst benützt, wenn immer möglich, Mikroorganismen anstelle von Chemie. Ihm ist ein respektvoller Umgang mit der Natur sehr wichtig. Das hat mich ebenfalls inspiriert, mich für den Familienbetrieb der Weingemeinschaft Rafzerfeld zu entscheiden.

Damit das Zürcher Oberland ebenfalls repräsentiert wird, gibt es neben dem Kantonsratswein auch ein Kantonsratsbier, und zwar Hörnli-Bräu vom schönen Fischenthal. Ein sehr kleiner, aber feiner Brauverein. Einer der Bierbrauer ist heute auch für das Catering zuständig. Ich hoffe, ich kann Sie mit meiner Auswahl begeistern.

Eine kurze Info noch für die geladenen Gäste (*der Präsidiumsfeier in Rüti*). Der Zug, die S5, fährt pünktlich um 15.25 Uhr ab Gleis 43 oder 44 vom Hauptbahnhof Zürich. Bitte steigen Sie vorne in die vordersten Wagen ein.

Und nun wünsche ich «en Guete».

### ***Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse***

- **Fairer Finanzausgleich für eine faire Ausgangslage im Standortwettbewerb in Zeiten der Überalterung**  
*Motion Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau)*
- **Beschert die Personenfreizügigkeit (PFZ) dem Kanton Zürich wertvolle Fachkräfte oder bloss Billig-Arbeitskräfte, die hiesige Arbeitnehmer verdrängen?**  
*Interpellation Marcel Suter (SVP, Thalwil)*
- **Gau am Balgrist**  
*Dringliche Anfrage Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)*
- **Abfallreduktion**  
*Anfrage Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur)*
- **Fachkräftemangel entgegenwirken mit «Berufsausbildung für Erwachsene»**  
*Anfrage Erika Zahler (SVP, Boppelsen)*
- **Kriegsspiele in den HSK-Kursen**  
*Anfrage Anita Borer (SVP, Uster)*
- **Verkehrerschliessung «ETH-Campus Hönggerberg 2040»**  
*Anfrage Beat Habegger (FDP, Zürich)*

Schluss der Sitzung: 11.30 Uhr

Zürich, den 7. Mai 2018

Die Protokollführerin:  
Daniela-Graziella Jauch

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am  
XXXXXXX 2018.

Provisorisch